Protokoll über die Sitzung des Bau-, Verkehrs-, Planungs- und Umweltausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 20.04.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Tobias Gerdesmeyer

Vorsitzender

Herr Walter Bokern

Ausschussmitglieder

Herr Tobias Beckhelling

Herr Christian Fahling

Frau Silvia Klee

Vertretung für Herrn Eckhard Knospe

Herr Walter Mennewisch

Herr Reinhard Mertineit

Herr Dr. Lutz Neubauer

Vertretung für Herrn Stephan Blömer

Herr Konrad Rohe

Frau Julia Sandmann-Surmann

Herr Thomas Schlarmann

Herr Walter Sieveke

Frau Henrike Theilen

Herr Clemens Westendorf

Herr Michael Zobel

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Göttke-Krogmann

Verwaltung

Herr Bernd Kröger

Herr Franz-Josef Bornhorst

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Stephan Blömer

Herr Eckhard Knospe

Verwaltung

Herr Gert Kühling

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 21.03.2017
2. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Wohnraumversorgungskonzept
Vorlage: 6/008/2017
3. Bebauungsplan Nr. 158 für den Bereich zwischen „Klapphakenstraße und Gartenstraße“
 - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 13a i.V.m. § 13 Abs.2 und 3 Satz 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden vorgetragenen Anregungen
 - b) SatzungsbeschlussVorlage: 61/013/2017
4. Außenbereichssatzung "Siedlerweg"
 - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 sowie Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden vorgetragenen Anregungen
 - b) SatzungsbeschlussVorlage: 61/014/2017
5. Entwicklung von Wohnbauflächen in Südlohne
Vorlage: 61/016/2017
6. Bebauungsplan Nr. 155 "Sport- und Mehrzweckhalle Vechtaer Straße";
 - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
 - b) Erneute öffentliche AuslegungVorlage: 61/017/2017
7. Landschaftsschutzgebiete im Stadtgebiet Lohnes; Änderung der Geltungsbereiche
Vorlage: 61/012/2017
8. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Entwicklung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Lohnes
Vorlage: 6/014/2017
9. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Ampel-Installation Märschendorfer Straße/Platanenstraße
Vorlage: 60/010/2017
10. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Temporäres Durchfahrverbot für die Fußgängerzone
Vorlage: 60/011/2017
11. Antrag der CDU-Fraktion; Parkplatzzufahrt Von-Galen-Schule
Vorlage: 66/010/2017
12. Neuerrichtung einer Wallanlage und Umzäunung, Siekmannstraße 7
Vorlage: 65/029/2017

13. Neubau eines Wohnhauses mit 3 bzw. 4 Wohneinheiten, Bakumer Straße 5
Vorlage: 65/030/2017
14. Zustimmung zu Bauvorhaben; Umbau und Erweiterung eines Einfamilienwohnhauses zum Zweifamilienwohnhaus, Viehdrift 7, 7 A
Vorlage: 65/031/2017
15. Zustimmung zu Bauvorhaben; Nutzungsänderung Gebäude 2 zu Jungsauenaufzuchtstall und Errichtung/Erweiterung einer Remise (Gebäude 10), Dinklager Landstraße (Märschendorf) 2
Vorlage: 65/032/2017
16. Zustimmung zu Bauvorhaben; Verteilung von Boden auf landwirtschaftlichen Ackerflächen in Krimpenfort
Vorlage: 65/034/2017
17. Anlegung eines Hundeübungsplatzes in Brägel, Brägeler Straße 138
Vorlage: 65/035/2017
18. Neubau einer Kindertagesstätte, Pariser Straße/Ecke Mülhausener Straße
Vorlage: 65/033/2017
19. Bankettsanierung Bokerner Straße (von der Bakumer Straße bis zum Reiterweg)
Vorlage: 66/009/2017
20. Mitteilungen und Anfragen
 - 20.1. Einführung einer gelben Tonne
 - 20.2. Sport- und Mehrzweckhalle Vechtaer Straße
 - 20.3. Dorfplatz Nordlohne
 - 20.4. Lichtsignalanlage Märschendorfer Straße/Brandstraße/Am Zuschlag
 - 20.5. Radweg Landwehrstraße (Kreisstraße) von Lohne nach Diepholz

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschloss der Ausschuss einstimmig, den

TOP 17

Anlegung eines Hundeübungsplatzes in Brägel, Brägeler Straße 138

Vorlage: 65/035/2017

angesichts der zahlreichen Besucher vorzuziehen und nach TOP 2 zu beraten.

Öffentlich

1. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 21.03.2017

Ohne Anmerkungen wurde das Protokoll mit 12 Jastimmen bei 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

2. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Wohnraumversorgungskonzept Vorlage: 6/008/2017

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Vorsitzende Frau Themann vom Landkreis Vechta.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion erläuterte den Antrag auf strategische Ausrichtung der Stadt Lohne im Bereich der zukünftigen Wohnraumversorgung sowie Vorstellung eines dezidierten Konzeptes.

Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Im Anschluss erläuterte Frau Themann anhand einer Präsentation das Wohnraumversorgungskonzept für den Landkreis Vechta. Im Ergebnis wurden in dem Wohnraumversorgungskonzept die Bedarfe für den sozialen Wohnungsbau hergeleitet und daraus erste Handlungsempfehlungen entwickelt.

Die Präsentation kann im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

In der Aussprache erläuterte Frau Themann auf entsprechende Anfrage, dass Investoren/Bürger z. B. bei der Beratung durch die Hausbank auf Fördermöglichkeiten hingewiesen werden.

Bürgermeister Gerdesmeyer führte dazu aus, dass die Förderprogramme kaum angenommen werden. Grund dafür sei der Umstand, dass die Darlehenszinsen auf dem freien Markt z. T. sehr günstig seien und Investoren bei diesen Darlehen nicht an Konditionen gebunden seien. Ziel sollte es daher sein, die Förderprogramme attraktiver zu gestalten.

Bürgermeister Gerdesmeyer erläuterte auf entsprechende Anfrage, dass es z. B. für die Gewobau schwierig sei, aufgrund der hohen Bodenpreise Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau zu erwerben. Hinzu kommen die hohen Baukosten, die einen preiswerten Mietwohnungsbau erschweren.

Die Verwaltung führte aus, wie durch die Bauleitplanung in Lohne mehr Wohnraum geschaffen wurde u. a. durch die Überarbeitung älterer Bebauungspläne (Gartenbebauung), Erstellung eines Baulückenkatasters mit Information der Eigentümer (jedoch geringe Resonanz), bessere Ausnutzung von Wohnungen in Neubaugebieten (4 Wohnungen statt 2 pro Gebäude), Förderung von Wohnbauprojekten durch bessere Ausnutzung der Grundstücke, Vergabe eines städt. Grundstücks für den Mietwohnungsbau.

Bürgermeister Gerdsmeyer regte an, in der nächsten Ausschusssitzung anhand des Flächennutzungsplanes aufzuzeigen, welche Flächen in Lohne für Wohnbauflächen geeignet seien und darüber zu beraten, wie dies konkret umgesetzt werden könnte.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Bauausschusses anhand des Flächennutzungsplanes aufzuzeigen, welche Flächen in Lohne für Wohnbauflächen geeignet sein könnten. Über die konkrete Umsetzung ist zu beraten und zu entscheiden.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 14

- 3. Bebauungsplan Nr. 158 für den Bereich zwischen „Klapphakenstraße und Gartenstraße“**
a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 13a i.V.m. § 13 Abs.2 und 3 Satz 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden vorgetragenen Anregungen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: 61/013/2017

Die Verwaltung erläuterte, dass der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 158 für den Bereich zwischen „Klapphakenstraße und Gartenstraße“ sowie die Begründung vom 18.02.2017 bis zum 27.03.2017 im Rathaus der Stadt Lohne öffentlich ausgelegt haben.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden von der Planung informiert und ihnen wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die Stellungnahmen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt. Zu den vorgetragenen Stellungnahmen werden nachfolgende Empfehlungen gegeben.

OOWV vom 14.03.2017

Die Hinweise des OOWV werden zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen von Baumaßnahmen berücksichtigt.

Deutsche Bahn AG vom 21.02.2017

Die Hinweise der Deutschen Bahn AG werden zur Kenntnis genommen. Auf Grund der erheblichen Entfernung zur Bahntrasse von mehr als 500 m sind immissionsschutztechnische Festsetzungen im Bebauungsplan nicht erforderlich.

Deutsche Telekom Technik GmbH vom 13.01.2017 und vom 24.03.2017

Die Hinweise der Deutschen Telekom Technik GmbH werden zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen von Baumaßnahmen berücksichtigt.

Vodafone Kabel Deutschland GmbH vom 24.03.2017

Der Hinweis der Kabel Deutschland GmbH wird zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen von Baumaßnahmen berücksichtigt.

EWE NETZ GmbH vom 21.02.2017

Der Hinweis der EWE NETZ GmbH wird zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen von Baumaßnahmen berücksichtigt.

Freiwillige Feuerwehren der Stadt Lohne vom 21.02.2017

Der Hinweis der Freiwillige Feuerwehren wird zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen von Baumaßnahmen berücksichtigt.

Die in einer ersten öffentlichen Auslegung eingegangenen Hinweise des NABU Lohne sind in der vorliegenden Planfassung bereits berücksichtigt worden. Somit ergaben sich in der vorliegenden Auslegung keine weiteren Hinweise dieses Naturschutzverbandes.

Beschlussempfehlung:

- a) Den Vorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der während der öffentlichen Auslegung vorgetragenen Stellungnahmen unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird zugestimmt.
- b) Der Bebauungsplan Nr. 158 für den Bereich zwischen „Klapphakenstraße und Gartenstraße“ sowie die Begründung hierzu wird als Satzung beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14

4.	<p>Außenbereichssatzung "Siedlerweg"
 a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 sowie Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden vorgetragenen Anregungen
 b) Satzungsbeschluss
 Vorlage: 61/014/2017</p> |
|------------------|---|

Die Verwaltung erläuterte, dass der Entwurf der Außenbereichssatzung „Siedlerweg“ vom 18.02.2017 bis zum 27.03.2017 im Rathaus der Stadt Lohne öffentlich ausgelegt war.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden von der Planung informiert und ihnen wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die Stellungnahmen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt. Zu den vorgetragenen Stellungnahmen werden nachfolgende Empfehlungen gegeben.

Landkreis Vechta vom 27.03.2017Zum Städtebau:

Die Stadt Lohne sieht auf Grund der bereits vorhandenen baulichen Substanz und Nutzungen, die sich östlich des Siedlerwegs auch auf die zweite, hintere Bauzeile erstrecken, für diesen Bereich das Instrument der Außenbereichssatzung als probates Mittel an, um die städtebauliche Ordnung zu gewährleisten. Mit dieser Außenbereichssatzung kann der westliche, östliche und südliche Siedlungsrand in diesem Bereich arrondiert werden und zukünftige Genehmigungen baulicher Anlagen nach gleichen Kriterien erteilt werden. Eine weitere öffentliche Erschließung ist nicht geplant, zukünftige Bebauungen in der zweiten Reihe müssten privat erschlossen werden.

Der Geltungsbereich der Außenbereichssatzung wird im Südosten so verkleinert, dass lediglich ein Teil des Grundstücks Wicheler Flur 62 im Geltungsbereich verbleibt, so dass nur An- und Umbauten am Wohngebäude möglich wären. Ein zusätzliches neues Gebäude ist auf diesem Grundstück und innerhalb des Landschaftsschutzgebietes somit nicht realisierbar.

Zum Umweltschutz:

Der Geltungsbereich der Außenbereichssatzung wird im Südosten so verkleinert, dass lediglich ein Teil des Grundstücks Wicheler Flur 62 im Geltungsbereich verbleibt, so dass nur An- und Umbauten am Wohngebäude möglich wären. Ein zusätzliches neues Gebäude ist auf diesem Grundstück und innerhalb des Landschaftsschutzgebietes somit nicht realisierbar.

Da derzeit überhaupt nicht absehbar ist, welche Eigentümer in welchem Maße An-, Um- oder Neubaumaßnahmen durchzuführen werden, kann eine abschließende Eingriffsbilanzierung nicht durchgeführt werden. Daher ist es sinnvoll, den erforderlichen Ausgleich / Ersatz für die zulässigen Eingriffe in Natur und Landschaft im Rahmen der erforderlichen Baugenehmigungen zu regeln.

OOWV vom 14.03.2017

Die Hinweise des OOWV werden zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen von einzelnen Baumaßnahmen berücksichtigt. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte sind in der vorliegenden Planung nicht vorgesehen zumal das Gebiet grundsätzlich als erschlossen angesehen werden kann.

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vom 13.03.2017

Wie von der Landesbehörde gewünscht wird der Hinweis hinsichtlich der Immissionen von der Landesstraße 846 (Bergweg) als nachrichtlicher Hinweis in die Planung aufgenommen.

Die Verwaltung erläuterte, dass aufgrund des Konfliktes mit der bestehenden Landschaftsschutzverordnung Geestrücken auch die Teilfläche des Flurstücks 197 der Flur 18 (Wicheler Flur 62) aus dem Geltungsbereich herausgenommen werden solle.

In der Aussprache wandte sich ein Ausschussmitglied gegen die Verkleinerung des Geltungsbereiches und verwies auf die gewachsenen Strukturen in diesem Bereich. Die Verwaltung erläuterte dazu den Konflikt zwischen der bestehenden Landschaftsschutzverordnung Geestrücken und der Außenbereichssatzung für diese Fläche.

Beschlussempfehlung:

a)

Den Vorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der während der öffentlichen Auslegung vorgetragenen Stellungnahmen unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird zugestimmt.

b)

Die Satzung der Stadt Lohne über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich „Siedlerweg“ mit dem geänderten Geltungsbereich wird als Satzung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 12 , Enthaltungen: 2

5. Entwicklung von Wohnbauflächen in Südlohne Vorlage: 61/016/2017

Der Verwaltungsausschuss hat am 15.11.2016 beschlossen, die Flächen hinter der Gaststätte Thomann im Bereich der St. Anna-Klus sowie die Fläche gegenüber der Einfahrt zur St. Anna-Klus auf ihre Eignung als Wohnbaufläche zu prüfen.

Anhand eines Übersichtsplanes erläuterte die Verwaltung, dass nach dem Gutachten des TÜV-Nord auf allen Flächen die Grenzwerte der GIRL für Wohnbauflächen im Hinblick auf die Geruchsbelastung überschritten werden.

Bezüglich der Fläche nördlich der St. Anna-Klus wurde bereits in einer überschlägigen schalltechnischen Berechnung im Jahr 2008 festgestellt, dass auf Grund der starken Verkehrsbelastung der Steinfelder Straße die Orientierungswerte für Allgemeine Wohngebiete erst nach 120 m vom Fahrbahnrand der Landesstraße eingehalten werden. Damit wird diese Fläche vollständig mit unzulässigen Schallimmissionen überdeckt.

In der Diskussion sprachen sich verschiedene Ausschussmitglieder dafür aus, weiter nach Alternativen für eine Wohnbebauung in Südlohne zu suchen. Insbesondere im Hinblick auf mögliche Nutzungsänderungen von landwirtschaftlichen Betrieben bzw. Aufgabe von Tierhaltungen könnten sich zukünftig potentielle Flächen für eine Wohnbebauung ergeben.

Bürgermeister Gerdemeyer führte aus, dass es Ziel der Stadt Lohne sei, die dörflichen Strukturen in Südlohne zu erhalten und zu stärken. Hinsichtlich einer Wohnbauentwicklung ergäben sich zukünftig evtl. Möglichkeiten, wenn die Grenzwerte der GIRL verringert würden. Das Thema sollte weiter verfolgt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Ausweisung von Wohnbauflächen in Südlohne soll weiter geprüft werden. Dabei sind zukünftige Entwicklungen hinsichtlich landwirtschaftlicher Nutzungen bzw. Änderung von Grenzwerten z. B. der GIRL zu berücksichtigen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 13 , Nein-Stimmen: 1

**6. Bebauungsplan Nr. 155 "Sport- und Mehrzweckhalle Vechtaer Straße";
a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2
BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetra-
genen Anregungen
b) Erneute öffentliche Auslegung
Vorlage: 61/017/2017**

Die Verwaltung erläuterte, dass der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 155 „Sport- und Mehrzweckhalle Vechtaer Straße“ vom 06.02.2017 bis zum 10.03.2017 im Rathaus der Stadt Lohne öffentlich ausgelegt waren.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden von der Planung informiert und ihnen wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die Stellungnahmen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt. Zu den vorgetragenen Stellungnahmen werden nachfolgende Empfehlungen gegeben.

Landkreis Vechta vom 10.03.2017

Die Hinweise des Landkreises Vechta werden zur Kenntnis genommen und z.T. berücksichtigt.

Städtebau:

Der Anregung, die Zulässigkeit von Vorhaben textlich zu konkretisieren, wird nicht gefolgt. Durch die Festsetzung als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Sport- und Mehrzweckhalle, sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“ wurden bereits entsprechend den Zielen der Planung hinreichend konkrete Bestimmungen der baulichen Nutzung formuliert.

In einer zu ergänzenden textlichen Festsetzung wird geregelt, dass Stellplätze und Garagen sowie Nebenanlagen auf Gemeinbedarfsflächen allgemein zulässig sind.

Umweltschützende Belange:

Der Abstand der Baufläche zum Waldrand ist bereits erweitert worden und die Stadt Lohne geht davon aus, dass die Waldfunktionen nicht negativ beeinträchtigt werden. Darüber hinaus grenzt die geplante Mehrzweckhalle nicht direkt an die Baugrenze. Der Abstand der Mehrzweckhalle zur Baugrenze liegt im Bereich zwischen 12 m und 27 m, so dass die Entfernung bis zum Waldrand mind. 20 m beträgt.

Die Eingriffsbilanzierung wird entsprechend der Anregung angepasst.

Der Anregung, die faunistische Untersuchung auf den Bereich des Planentwurfs auszuweiten, wird gefolgt.

Wasserwirtschaft:

Das Oberflächenwasser der Dachflächen soll in Rigolen versickern. Für die Entwässerung der Stellplatzflächen ist eine Muldenversickerung entlang des Straßenrandes (in der belebten Bodenzone) vorgesehen. Darüber hinaus soll ein Teil des anfallenden Regenwassers der Stellflächen in den Regenwasserkanal eingeleitet werden.

Die weitere Regelung zum Oberflächenabfluss wird, falls erforderlich, in der Begründung ausgeführt werden.

Die übrigen Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausbauplanung berücksichtigt.

Denkmalschutz:

Der Hinweis hat sich durch die zwischenzeitlich durchgeführten Untersuchungen erledigt.

Klimaschutz und Klimaanpassung:

Der im südwestlichen Bereich geplante Parkplatz, der zur Hälfte an den Wald grenzt, soll mit einem Schotterrasen versehen werden. Dadurch kann das anfallende Regenwasser direkt in den Boden sickern und zur Bildung von Grundwasser beitragen.

Die gezielte Versickerung des Oberflächenwassers der Dächer in Rigolen kann ebenfalls als vorausschauende Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel betrachtet werden.

Öffentlicher Personennahverkehr:

Die am nächsten gelegenen öffentlichen Bushaltestellen werden vom Verkehrssystem „Moobil+“ genutzt und befinden sich in ca. 300 m (Adenauerring) sowie in ca. 350 m (Overbergstraße, E-Center) Entfernung (Luftlinie). Mit dem Busbahnhof in der Falkenbergstraße (ZOB) befindet sich in ca. 450 m Entfernung (Luftlinie) eine Bushaltestelle, die auch von Bussen der VGV (Verkehrsgemeinschaft Landkreis Vechta) bedient wird. Um auf dem Gelände der Mehrzweckhalle eine direkte Busverbindung zu ermöglichen, soll dort eine Haltestelle für das Verkehrssystem „Moobil+“ eingerichtet werden.

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vom 27.02.2017

Der Anregung, den Kreuzungsbereich Vechtaer Straße/Adenauer Ring in den Geltungsbereich des Bebauungsplans miteinfließen zu lassen, wird gefolgt. Folglich werden die Bereiche zum Ausbau eines Linksabbiegestreifens sowie der Fußgängersignalanlage integrierter Bestandteil dieses Bebauungsplans.

Der Anregung, ein Zu- und Abfahrtsverbot mit Ausnahme des Zufahrtbereiches zur Sporthalle im Bebauungsplan darzustellen, wird gefolgt.

OOWV vom 23.02.2017

Die Hinweise vom OOWV werden zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen der Erschließungsplanung berücksichtigt.

In einem Telefonat mit dem OOWV wurde deutlich, dass einige Anregungen, die Oberflächenentwässerung betreffend, bereits überholt sind. Der OOWV stimmt mit dem Oberflächenentwässerungskonzept von dem Büro „Nordlohne & Bechly“ überein. Dieses sieht für die Entwässerung der Dachflächen eine Rigolenversickerung vor. Das Oberflächenwasser der Stellplätze soll z.T. durch Mulden in der belebten Bodenzone entlang der Vechtaer Straße versickern. Ein anderer Teil des Oberflächenwassers der Stellplätze soll in den Regenwasserkanal eingeleitet werden.

Deutsche Bahn AG vom 02.02.2017

Aufgrund einer Entfernung von mind. 170 m zwischen der Mehrzweckhalle und den Bahngleisen ist nicht mit unzulässigen Immissionen zu rechnen. Ein Schallgutachten ergab, dass die Immissionen für die direkt angrenzende Wohnbebauung um 500% erhöht werden müssten, um die Grenzwerte zu erreichen. Zudem handelt es sich bei einer Mehrzweckhalle um keine Nutzungsart, die ähnliche Schutzmaßnahmen erforderlich macht, wie z.B. eine Wohnbebauung.

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Lohne vom 01.02.2017

Die Hinweise der Freiwillige Feuerwehr werden zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen der Ausbauplanung berücksichtigt.

EWE NETZ GmbH vom 06.02.2017

Der Hinweis der EWE NETZ GmbH wird zur Kenntnis genommen.

Vodafone Kabel Deutschland GmbH vom 08.03.2017

Der Hinweis der Vodafone Kabel Deutschland GmbH wird zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen der Ausbauplanung berücksichtigt.

In der Aussprache erläuterte die Verwaltung auf kritischen Vorhalt des Sprechers der „Ratsgruppe Lohner – Die Linke“, dass mit der Erweiterung der faunistischen Untersuchung einer Anregung des Landkreises Vechta gefolgt werde.

Beschlussvorschlag:

- a) Den Vorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der während der öffentlichen Auslegung vorgetragenen Stellungnahmen unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird zugestimmt.
- b) Der Bebauungsplan Nr. 155 „Sport- und Mehrzweckhalle Vechtaer Straße“ sowie die Begründung hierzu werden erneut öffentlich ausgelegt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 12 , Nein-Stimmen: 2

7. Landschaftsschutzgebiete im Stadtgebiet Lohnes; Änderung der Geltungsbereiche Vorlage: 61/012/2017

Die Verwaltung erläuterte, dass in einigen Bereichen des Stadtgebietes, z.T. angrenzend an vorhandene Siedlungsstrukturen, die weitere Entwicklung von Gewerbebauflächen sowie Grünflächen (Sportflächen) durch die vorhandenen Landschaftsschutzgebiete nicht möglich sei. Es handelt sich dabei um Flächen südlich der Sportanlagen an der Steinfelder Straße, um Bereiche nördlich des Gewerbegebietes Brägeler Forst (Bebauungsplan Nr. 103) und um Flächen nördlich des vorhandenen Gewerbegebietes (Bebauungsplan Nr. 136) und nördlich des Hopener Mühlenbachs an der BAB 1. Um vorhandenen Gewerbebetrieben auch per-

spektivische Erweiterungsmöglichkeiten geben zu können, besteht ein öffentliches Interesse an einer Löschung des Schutzgebietsstatus für diese Flächen.

In der Aussprache kritisierte der Sprecher der „Ratsgruppe Lohner – Die Linke“ scharf die Löschung der Teile des Landschaftsschutzgebietes. Nach seiner Auffassung gebe es im Bereich des Sportzentrums die Möglichkeit für eine Erweiterung der Sportanlage auf der gegenüberliegenden Seite der Steinfelder Straße. Eine Löschung des Landschaftsschutzgebietes sei daher nicht erforderlich. Für die Bereiche Brägeler Forst und Gewerbepark Hansalinie A 1 sollte auf eine Löschung zu Gunsten des Landschaftsschutzes verzichtet werden.

Beratendes Ausschussmitglied Göttke-Krogmann wies darauf hin, dass durch die Löschungen in den vergangenen Jahren der Schutzwert des Landschaftsschutzgebietes Geestrücken immer stärker verringert wurde. Dadurch gehe die Wertigkeit der Flächen immer mehr verloren. Was fehle, sei ein Konzept über die weitere Vorgehensweise.

Die Verwaltung führte aus, dass es auch Aufgabe der Stadt Lohne sei, gewerbliche Flächen zu entwickeln. Dabei seien auch naturschutzrechtliche Belange zu beachten. Aufgrund des aufgezeigten konkreten Bedarfs sollen mit dem Landkreis Vechta konkrete Gespräche über eine Löschung geführt werden. Dazu bedarf es eines entsprechenden Beschlusses durch den Ausschuss.

Verschiedene Ausschussmitglieder wiesen auf Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen hin.

Ein Ausschussmitglied wies darauf hin, dass Ausgleichsmaßnahmen oft lediglich Notmaßnahmen seien. Vielmehr sei es wichtig, vorhandene Flächen zu schützen und zu vernetzen. Dafür fehle es in Lohne an einem Konzept für den Naturschutz.

Ein Ausschussmitglied wies auf vergleichbare Flächen des Landschaftsschutzgebietes in Randbereichen von Siedlungs- und Gewerbeflächen hin, die ebenfalls auf Löschung überprüft werden sollten.

Im Anschluss an die Diskussion stimmte der Ausschuss über die drei Flächen in getrennten Abstimmungen ab.

Ausschussmitglied Dr. Neubauer stimmte bei den nachfolgenden Abstimmungen mit Nein und bat, dies im Protokoll zu vermerken.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Löschung des Teilbereiches des Landschaftsschutzgebietes nördlich des Hopener Mühlenbaches im Bereich des Gewerbegebietes an der A 1 (Bebauungsplan Nr. 136) beim Landkreis Vechta zu beantragen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 9, Nein-Stimmen: 3, Enthaltungen: 2

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Löschung des Teilbereiches des Landschaftsschutzgebietes nördlich des Gewerbegebietes Brägeler Forst (Bebauungsplan Nr. 103) beim Landkreis Vechta zu beantragen.

mehrheitlich beschlossen

Jastimmen: 10, Neinstimmen: 3, Enthaltungen: 1

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Löschung des Teilbereiches des Landschaftsschutzgebietes südlich der Sportanlagen an der Steinfelder Straße beim Landkreis Vechta zu beantragen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 10 , Nein-Stimmen: 3 , Enthaltungen: 1

**8. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Entwicklung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Lohne
Vorlage: 6/014/2017**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erläuterte den Antrag auf Entwicklung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Lohne. Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der Diskussion bat Ausschussmitglied Dr. Neubauer darum, wörtlich mit seinem Beitrag im Protokoll erwähnt zu werden. Lt. Dr. Neubauer „mache man ein schönes Papierchen als Alibifunktion und es werde so getan, als verfolge man das Ziel ernsthaft“.

Ein Ausschussmitglied teilte mit, dass die Stadt Damme ein Klimaschutzkonzept erstellt habe und regte an, sich zunächst dort über das Konzept zu erkundigen.

Bürgermeister Gerdsmeyer führte aus, eine Übersicht der bereits durchgeführten Maßnahmen zum Klimaschutz in Lohne durch die Verwaltung erstellen zu lassen und die Rahmenbedingungen für die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes zu prüfen.

Ein Ausschussmitglied stellte den Antrag, die Angelegenheit zurück zu stellen und zunächst in Damme Informationen über ein Klimaschutzkonzept einzuholen.

Dieser Antrag wurde mit 5 Jastimmen und 9 Neinstimmen abgelehnt.

Ein Ausschussmitglied wies auf bereits durchgeführte bauliche Maßnahmen in Lohne hin. Dem wurde von einem Ausschussmitglied entgegengehalten, dass zwar Maßnahmen durchgeführt wurden, insgesamt betrachtet jedoch die Stadt Lohne in dieser Sache eine negative Bilanz aufweise.

Ausschussmitglied Dr. Neubauer stimmte bei der nachfolgenden Abstimmung mit Nein und bat, dies im Protokoll zu vermerken.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht über durchgeführte Maßnahme zur Verbesserung des Klimaschutzes zu erstellen und in der nächsten Sitzung darüber zu informieren.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 9 , Nein-Stimmen: 4 , Enthaltungen: 1

**9. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Ampel-Installation Märschendorfer Straße/Platanenstraße
Vorlage: 60/010/2017**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erläuterte den Antrag auf Errichtung einer Lichtsignalanlage bzw. einer Querungshilfe an der Märschendorfer Straße, Höhe Platanenstraße/Algenweg. Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der Diskussion sprachen sich verschiedene Ausschussmitglieder dafür aus, die Ampel im Bereich Binsenweg/Märschendorfer Straße an den Standort Platanenstraße/Märschendorfer Straße zu versetzen um Kosten zu sparen. Der seinerzeitige Bedarf als Schulweg für diese Ampel sei heute nicht mehr gegeben.

Der Antrag auf Versetzen dieser Ampel an den Standort Platanenstraße/Märschendorfer Straße lehnte der Ausschuss mit 4 Jastimmen, 8 Neinstimmen bei 2 Stimmenthaltungen ab.

Im Anschluss fasste der Ausschuss den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Verkehrsbehörde des Landkreises Vechta einen Antrag auf Errichtung einer Fußgängersignalanlage im Bereich Platanenstraße/Märschendorfer Straße zu stellen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 13 , Enthaltungen: 1

**10. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Temporäres Durchfahrverbot für die Fußgängerzone
Vorlage: 60/011/2017**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erläuterte den Antrag auf Sperrung des unmittelbaren Kernbereiches der Fußgängerzone rund um den Brunnen Ego-Lohne für den fließenden Fahrzeugverkehr. Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Fußgängerzone bereits durch Verkehrszeichen, bis auf wenige stundenweise Ausnahmen morgens und abends, für den Kfz-Verkehr gesperrt sei. Eine Sperrung mittels Poller sei daher nicht erforderlich. Vielmehr sollte die bestehende Regelung bekannt gemacht und überwacht werden. Hingewiesen wurde ebenfalls auf die Probleme bei Notfällen, dem Wochenmarkt sowie allgemein der Anlieger.

Ausschussmitglied Theilen war bei dem nachfolgenden Beschlussvorschlag nicht anwesend.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf temporäres Durchfahrverbot für die Fußgängerzone umzusetzen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 8 , Nein-Stimmen: 5

**11. Antrag der CDU-Fraktion; Parkplatzzufahrt Von-Galen-Schule
Vorlage: 66/010/2017**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erläuterte den Antrag auf Herstellung einer zweiten Ausfahrt vom Parkplatz der von-Galen-Schule, Josefstraße. Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der Aussprache wies ein Mitglied der SPD-Fraktion auf den abgelehnten Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines Elternparkplatzes im Bereich der Pfarrkirche St. Josef hin. Mit Einrichtung eines solchen Elternparkplatzes sei ein Umbau der Parkplatzausfahrt nicht erforderlich. Hingewiesen wurde auch auf die ungünstige Lage der Ausfahrt zw. Fußgängerüberweg und Bushaltespur.

Ein Ausschussmitglied stellte den Antrag, zunächst mit der Verkehrssicherheitskommission sowie der Schule über die Einrichtung der zweiten Ausfahrt Gespräche zu führen.

Der Ausschuss fasste daraufhin den nachfolgenden, im Sinne des Antrages

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Verkehrssicherheitskommission sowie der Schule Gespräche über die Herstellung einer zweiten Parkplatzausfahrt zu führen und dem Ausschuss über die abgegebenen Stellungnahmen zu berichten.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 14

**12. Neuerrichtung einer Wallanlage und Umzäunung, Siekmannstraße 7
Vorlage: 65/029/2017**

Die Verwaltung erläuterte, dass auf dem gewerblichen Grundstück Siekmannstraße 7 an den Grundstücksgrenzen der Neubau einer Wallanlage und Einfriedung (Umzäunung) des Grundstücks beantragt wurde. Entlang der nördlichen, westlichen und südlichen Grundstücksgrenze wird ein Erdwall errichtet werden, der als Sicht- und als Lärmschutzelement dienen soll. Der Wall wird mit einem Abstand von 1 m zur Grundstücksgrenze nach innen versetzt errichtet. Der Erdwall hat eine Länge von ca. 520 m. Dem Wall wird, entlang der Grundstücksgrenze und hinter der Zaunanlage, ein Kiesbett von ca. 77 cm Breite vorgesetzt. Anfallendes und ablaufendes Regenwasser vom Wall wird auf dem Grundstück gehalten und über eine Drainage abgeleitet.

Der Wall hält die Grenzabstände zu den Nachbargrundstücken ein. Im Abstand von 3 m zur Grenze hat der Wall eine Höhe von ca. 1,55 m. Zum Schutz vor Erosionen wird Böschungsgewebe (Kokosmaterial) auf dem Wall verlegt. Für zusätzlichen Halt und Festigkeit sorgt eine gemischte Begrünung mit Flach- und Tiefwurzlern.

Die im östlichen Teil des Betriebsgrundstücks beantragte Wallanlage auf der festgesetzten privaten Grünfläche ist planungsrechtlich nicht zulässig. Empfohlen wird die Errichtung der Wallanlage unter der Maßgabe zu zustimmen, dass keine Bedenken der angrenzenden

Nachbarn vorliegen. Außerdem wird empfohlen eine max. 2 m breite Wegeverbindung vom Pedellweg zur Siekmannstraße anzulegen.

Von der Siekmannstraße bis zum Wall, parallel zur Wegeverbindung Richtung Fladderweg, ist der Bau einer geschlossenen 2 m hohen Trapezwand vorgesehen. Der Zaun und die Trapezwand erhalten einen nach innen abgeknickten dreireihigen Übersteigschutz aus Stacheldraht.

Auf der westl. Seite des Grundstücks ist eine Baulinie festgesetzt. Hiervon ist zu befreien, damit die Wallanlage gebaut werden kann. Aus Schallschutztechnischer Sicht ist die festgesetzte Baulinie nicht erforderlich.

Für den größeren westlichen Teil des Baugrundstücks ist planungsrechtlich der Bebauungsplan Nr. 61 und den kleineren westlichen Teil des Gewerbegrundstücks ist der Bebauungsplan Nr. 128 zu beachten.

Bezüglich des gerodeten Gehölzbestandes zum Pedellweg hin wurde dem Grundstückseigentümer eine Anhörung gem. § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz, mit dem Hinweis auf Erlass eines Pflanzgebotes, übersandt. Die Rodung selber stellte eine Ordnungswidrigkeit dar, so dass ein entsprechendes Verfahren eingeleitet wurde.

Ein Ausschussmitglied bat darum, zukünftig die Lagepläne der Einladung beizufügen.

Auf entsprechende Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass die Hinweise auf eingebrachten Müll im Bereich der Wallanlage an den Landkreis Vechta weiter geleitet wurden. Hinsichtlich der Wallhöhe wurde mitgeteilt, dass eine Höhe von bis zu 3,00 m genehmigungsfrei sei. Weiter teilte die Verwaltung mit, dass die Art der Bepflanzung noch geprüft werde.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen zu den Befreiungen wird unter der Maßgabe erteilt, dass die Erdwälle gem. den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 128 bepflanzt und eingegrünt und eine Zustimmung der Nachbarn des Pedellweges zum Erdwall auf der privaten Grünfläche vorliegt und eine max. 2 m breite Wegeverbindung vom Pedellweg zur Siekmannstraße angelegt wird.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 5 , Nein-Stimmen: 6 , Enthaltungen: 3

13. Neubau eines Wohnhauses mit 3 bzw. 4 Wohneinheiten, Bakumer Straße 5 Vorlage: 65/030/2017

Die Verwaltung erläuterte, dass auf dem Grundstück Bakumer Straße 5 zurzeit eine Brandruine stehe. Beantragt (Bauvoranfrage) wurde, auf dem Grundstück einen Neubau mit 3 - 4 Wohneinheiten zu errichten. Das Gebäude hat ein Walmdach, wobei ein Flachdach nicht ausgeschlossen werden soll. Die Traufhöhe beträgt ca. 6 – 6,3 m.

Im Erdgeschoss werden zwei (2 x 50 qm Wohnfläche) und im Obergeschoss 1 – 2 Wohneinheiten (1 x 100 qm bzw. 2 x 50 qm Wohnfläche) entstehen. Je nach Größe der WE ist die erforderliche Anzahl der Einstellplätze nachzuweisen. Nach dem vorliegenden Plankonzept sind 4 Einstellplätze erforderlich.

Vor den Stellplätzen ist eine Wendeanlage erforderlich um ein rückwertiges Einfahren in den öffentlichen Verkehrsraum auszuschließen.

Nach Mitteilung des Antragstellers ist der nördliche Nachbar mit der Planung einverstanden, während der westl. Nachbar einen Carport an der Grundstücksgrenze errichtet hat. Der südliche Nachbar ist vom Verkehr auf dem Grundstück nicht betroffen.

Planungsrechtlich liegt das Grundstück im Innenbereich und wird als MI-Gebiet gem. § 34 BauGB beurteilt. Über die zulässigen Größen bzw. Grenzabstände wird das Amt für Bauordnung und Immissionsschutz des Landkreises Vechta entscheiden. Der Neubau ist zulässig wenn die die vordere Baugrenze eingehalten wird.

In der Aussprache bat ein Ausschussmitglied um Überprüfung der Anzahl erforderlichen Einstellplätze.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen wird unter der Maßgabe erteilt, dass das Wohngebäude mit einem traufständigen Dach zur Straße hin errichtet wird und eine Wendeanlage vor den Einstellplätzen erhält.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 14

14. Zustimmung zu Bauvorhaben; Umbau und Erweiterung eines Einfamilienwohnhauses zum Zweifamilienwohnhaus, Viehdrift 7, 7 A Vorlage: 65/031/2017

Die Verwaltung erläuterte, dass auf dem Grundstück Viehdrift 7, 7 A (Lohnerwiesen) der Umbau und die Erweiterung des Einfamilienwohnhauses zu einem Zweifamilienwohnhaus mit Doppelgarage beantragt wurde.

Die Erweiterung wird als zweigeschossiger Anbau parallel zur Straße Viehdrift an das bestehende Wohnhaus mit einem Walmdach errichtet. Daneben entsteht eine Doppelgarage mit einem Flachdach.

Das Bauvorhaben liegt im Außenbereich der Stadt Lohne und ist gem. § 35 BauGB zu beurteilen. Die Erweiterung zu einem Zweifamilienwohnhaus mit Doppelgarage ist zulässig. Über die maximal zulässige Größe und Anbindung an das vorhandene Gebäude wird das Amt für Bauordnung und Immissionsschutz des Landkreises Vechta entscheiden.

Die geplante Doppelgarage hält zur öffentlichen Verkehrsfläche (Viehdrift) einen Abstand von ca. 1,58 m. Empfohlen wird den Abstand auf mindestens 3 m vergrößern.

Das Grundstück liegt in der Ortslage Lohnerwiesen und wird im FNP '80 der Stadt Lohne als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen wird unter der Maßgabe erteilt, dass die Doppelgarage einen Mindestabstand von 3 m zur Straße Viehdrift einhält.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 14

**15. Zustimmung zu Bauvorhaben; Nutzungsänderung Gebäude 2 zu Jungsaueaufzuchtstall und Errichtung/Erweiterung einer Remise (Gebäude 10), Dinklager Landstraße (Märschendorf) 2
Vorlage: 65/032/2017**

Die Verwaltung erläuterte, dass auf der Hofstelle Dinklager Landstraße 2 beantragt wurde, das Gebäude Nr. 2, genehmigt als allgemeine landwirtschaftliche Lagerfläche, zu einem Jungsaueaufzuchtstall für 40 Jungsaueen umzunutzen. Derzeit sind die Jungsaueen im Gebäude Nr. 8 untergebracht. Dieser Stall entspricht nicht mehr dem Stand der Technik. Mit der Umnutzung des Gebäudes Nr. 2 zum Jungsaueenstall wird das Gebäude Nr. 8 abgebrochen. An dieser Stelle wird die Remise Nr. 10 erweitert.

Für die Nutzungsänderung des Gebäudes Nr. 2 zu einem Jungsaueaufzuchtstall ist eine Prüfung nach § 15 BImSchG im Anzeigeverfahren vorausgegangen. Eine Freistellungsgenehmigung ist nur möglich, wenn keine Immissionsrelevanten Veränderungen vorliegen. Da an dem Anlagenstandort die genehmigten Tierzahlen nicht geändert werden, liegt ein positives Freistellungsverfahren nach § 15 BImSchG vor teilt der Landkreis Vechta mit. Somit ist der Antrag gemäß Niedersächsischer Bauordnung zu prüfen.

Der Anlagenstandort liegt in der Ortslage Bokern-West im Außenbereich von Lohne auf einer bestehenden Hofanlage. Im Flächennutzungsplan Nr. 80 ist das Grundstück als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen. Das Vorhaben ist gem. § 35 Abs.1 BauGB privilegiert. Das Umfeld ist überwiegend durch landwirtschaftliche Nutzung geprägt.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen zur Nutzungsänderung der landwirtschaftlichen Lagerfläche (Gebäude Nr. 2) zu einem Jungsaueaufzuchtstall und Errichtung/Erweiterung einer Remise (Gebäude Nr. 10) wird erteilt.

mehrheitlich beschlossen
Ja-Stimmen: 13 , Enthaltungen: 1

**16. Zustimmung zu Bauvorhaben; Verteilung von Boden auf landwirtschaftlichen Ackerflächen in Krimpenfort
Vorlage: 65/034/2017**

Die Verwaltung erläuterte, dass die Verteilung von Boden auf landwirtschaftlichen Ackerflächen beantragt wurde. Im genehmigten Windpark Krimpenfort soll der bei den Bauarbeiten anfallende Boden auf den betroffenen Ackerflächen verteilt werden. Die neue Zuwegung wurde komplett neu auf vorhandenen Ackerflächen geplant, da zum Teil vorhandene Wege wegen der alten Baumbestände und der tiefen Seitengräben nicht genutzt werden konnten.

Die Wegebauarbeiten zur Erschließung der Windkraftanlagen sind fast abgeschlossen, ebenso die Erstellung der erforderlichen Kranstellflächen und der Vormontageflächen.

Bei den Arbeiten wurde der vorhandene Oberboden bis zum tragfähigen Sand abgetragen. Der Oberboden hat eine Stärke von 0,25-0,5 m. Der ausgekofferte Bereich wurde auf einer Höhe bis -0,2 m von Oberkante Gelände mit Sand verfüllt und verdichtet. Darauf wurde eine Schotterschicht aus Naturschotter aufgebracht und verdichtet.

Der ausgekofferte Oberboden wurde seitlich von den Wegen und den Kranstellflächen sowie den Vormontagefläche gelagert.

Der gelagerte, überschüssige Oberboden soll nun im Nahbereich auf vorhandenen Ackerflächen verteilt werden. Der überschüssige Boden wird dabei in einer Stärke von ca. 5-10 cm auf die vorhandenen Ackerflächen verteilt werden. Bei einer durchschnittlichen Auffüllhöhe von 7,5 cm ergibt sich eine Fläche von ca. 41.760 qm die mit Oberboden überbaut werden.

Nach Rücksprache mit dem Amt für Bauordnung und Immissionsschutz des Landkreises Vechta wurde mitgeteilt, dass diese Maßnahmen auf jeden Fall durch eine externe baubiologische Begleitung mit externen Fachleuten als Auflage in die Genehmigung aufgenommen werden.

Ein Ausschussmitglied bat darum, zukünftig zu den Sitzungsvorlagen die Lagepläne mit der Einladung zu übersenden.

Ein Ausschussmitglied bat um Auskunft der aufgebrachten Kubikmeter an Boden.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen zur Verteilung von Boden auf landwirtschaftlichen Ackerflächen wird erteilt unter der Maßgabe, dass damit kein erheblicher Eingriff in den Naturhaushalt verbunden ist.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14

17. Anlegung eines Hundeübungsplatzes in Brägel, Brägeler Straße 138 Vorlage: 65/035/2017

Die Verwaltung erläuterte, dass vom Hundesportverein Lohne e. V. die Anlegung eines Hundeübungsplatzes im Übergangsbereich der Hofstelle Brägeler Straße 138 zur landwirtschaftlichen Nutzfläche beantragt wurde (Bauvoranfrage). Beabsichtigt ist auf einer Teilfläche von ca. 4.800 m² des Flurstückes 128/2, Flur 19, der Gemarkung Lohne, den Betrieb eines Hundeübungsplatzes zu nutzen. Das Grundstück liegt im Außenbereich (§ 35 BauGB) und ist im Flächennutzungsplan '80 der Stadt Lohne als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen.

Die Errichtung bzw. Nutzung eines Grundstückes als Hundeübungsplatz ist gem. § 35 BauGB nicht zulässig. Nach Mitteilung des Amtes für Bauordnung und Immissionsschutz des Landkreises Vechta wird eine Genehmigungsfähigkeit in Aussicht gestellt, sofern für das Teilgrundstück im Flächennutzungsplan '80 die Nutzung von Fläche für Landwirtschaft in Hundeübungsplatz geändert wird.

Die Errichtung eines Hundeübungsplatzes ist eine bauliche Anlage im Sinne des § 2 Abs. 1 NBauO und somit eine Baumaßnahme nach § 2 Abs. 13 NBauO. Baumaßnahmen bedürfen gem. § 59 NBauO der Genehmigung, soweit sich aus dem Gesetz nichts anderes ergibt.

Die Genehmigungsfähigkeit richtet sich nach § 70 NBauO. Danach wäre die Baugenehmigung zu erteilen, sofern die Baumaßnahme dem öffentlichen Baurecht entspricht. Zum öffentlichen Baurecht zählen u.a. die Vorgaben des Baugesetzbuches gem. § 35 BauGB. Dieser regelt die Voraussetzungen für Vorhaben im Außenbereich.

In der Diskussion sprach sich ein Ausschussmitglied für eine F-Planänderung zur Errichtung des Hundeübungsplatzes aus. Andere Ausschussmitglieder vertraten die Auffassung, dass der Standort nicht geeignet sei. Denkbar wäre z. B. eine Stelle am Rande eines Gewerbegebietes. Hingewiesen wurde auf den bereits vorhandenen Hundeübungsplatz in Brägel. Auch könnte die Verwaltung weiter bei der Suche nach einem Standort behilflich sein und den Kontakt zwischen den beiden Vereinen herstellen.

Beschlussvorschlag:

Das Einvernehmen zur Anlegung eines Hundeübungsplatzes in Brägel wird nicht erteilt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Hundesportverein bei der Suche nach einem alternativen Standort zu unterstützen und den Kontakt zwischen den beiden Vereinen herzustellen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 12 , Nein-Stimmen: 2

18. Neubau einer Kindertagesstätte, Pariser Straße/Ecke Mülhausener Straße Vorlage: 65/033/2017

Die Verwaltung erläutert, dass zwischenzeitlich der Planungsauftrag an das Büro Nordlohne, Architekten und Ingenieure, vergeben wurde und die ersten Planungen der Verwaltung und dem Träger in Abstimmung mit dem Landesjugendamt vorgestellt wurden. Der Bereich der Kindertagesstätte erstreckt sich über die Flurstücke 408 und 409 mit einer Gesamtfläche von ca. 4.000 m². Der Kindergarten wird zweigeschossig gebaut. Im Erdgeschoss werden zwei Krippengruppen mit den zugehörigen Funktions- und Nebenräumen, eine Cafeteria sowie ein Mehrzweckraum mit Büro der Kindergartenleitung angeordnet. Im Obergeschoss entstehen vier Regelgruppen mit Funktions- und Nebenräumen sowie ein Frühstücksraum für die Kinder der Regelgruppen. Des Weiteren werden hier Aufenthaltsräume für die Mitarbeiter sowie Abstellräume erstellt. Das Gebäude wird neben einer Haupttreppenanlage eine Aufzugsanlage erhalten, damit alle Räume barrierefrei nutzbar sind.

Die Krippengruppen können direkt von den Gruppenräumen in den Außenbereich gehen. Die vier Regelgruppen erhalten ein weiteres zusätzliches Treppenhaus, welches aus Brandschutzgründen erforderlich ist, mit einem Zugang zum Außengelände. Im Anschluss an dieser Treppenanlage wird ein sog. „Stiefelraum“ erstellt, in dem das schmutzige Schuhwerk usw. abgelegt werden kann.

Auf dem Baugrundstück sowie auf einem benachbarten Grundstück werden für Bedienstete und Eltern Einstellplätze errichtet.

Die Fertigstellung soll bis zum 01.08.2018 erfolgen.

Die geschätzten Baukosten betragen ca. 2,5 Mio. € zzgl. der Inneneinrichtung und der Gestaltung der Außenanlagen. In diesem Zusammenhang wies Bürgermeister Gerdsmeyer auf die Förderung für die Krippenplätze hin und äußerte den Wunsch nach einer Förderung auch für die Kindergartenplätze.

Ausschussmitglied Westendorf war bei der nachfolgenden Abstimmung abwesend.

Beschlussvorschlag:

Dem Plankonzept zum Neubau eines Kindergartens mit zwei Krippengruppen sowie Regelgruppen wird zugestimmt.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 13

19. Bankettsanierung Bokerner Straße (von der Bakumer Straße bis zum Reiterweg) Vorlage: 66/009/2017

Die Verwaltung erläuterte, dass die Bokerner Straße mit einer Asphaltdecke in einer Breite von ca. 3 m befestigt sei. Die Asphaltbefestigung befindet sich baulich zum Großteil in einem sehr guten Zustand. An den Seiten ist die Berme für Überholmanöver mit Mineralgemisch in einer Breite von jeweils 0,70 bis 1,20 m befestigt. Seitlich abgesetzt wird ein Radweg geführt. Die Geschwindigkeitsbegrenzung ist mit 50 km/h angeordnet.

Durch die zum Teil überhöhte nicht angepasste Geschwindigkeit der PKW bei Gegenverkehr / Ausweichmanövern werden die mit Schotter befestigten Seitenstreifen sehr stark in Anspruch genommen.

Dies führt im Sommer / bei Trockenwetterperioden dazu, dass extreme Staubwolken entstehen und die Anlieger sowie die Rad- und Fußgänger zugestaubt werden.

Im Herbst, Winter und Frühjahr kommt es durch das Niederschlagswasser und der zu hohen Geschwindigkeit immer wieder zu Schlaglochbildung im Seitenbankett. Diese werden regelmäßig durch den Bauhof verschlossen, entstehen aber bei der nächsten Schlechtwetterperiode wieder neu.

Sanierungsvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, die Seitenbankette der Bokerner Straße von der Bakumer Straße bis zum Reiterweg (ca. 1,6 km) umfangreich zu sanieren und durch eine Einengung der Fahrbahnbreite eine Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen.

Die Sanierung erfolgt in folgenden Schritten:

- Abschälen der hochgewachsenen Grasnarbe zwischen Schotterbankett und Radweg bzw. Graben (bereits beauftragte Unterhaltungsmaßnahme) (Kosten ca. 3.000 €).
- Aufnehmen, Mischen und profilgerechter Einbauen des vorhandenen Schottermaterials auf beiden Seiten der Asphaltstraße durch ein Spezialunternehmen (Kosten ca. 6.000 €).
- Einengen des Fahrraumprofils auf 5,00m durch das Setzen von Kunststoffpollern beidseitig der Fahrbahn in einem Längsabstand von 20,00m (Der Begegnungsfall

PKW/PKW ist mit reduzierter Geschwindigkeit möglich) (Kosten Lieferung ca. 16.000 €, Einbau durch Bauhof).

- An ca. vier Stellen wird die Fahrbahneinengung auf ein liches Maß von 6,50m auf einer Länge von ca. 40 m aufgeweitet (Begegnungsverkehr LKW / LKW bzw. Landwirtschaftlicher Verkehr ist in diesen Bereichen möglich).
- Die Seitenräume in diesen Bereichen werden mit schweren Rasengittersteinen befestigt (Kosten ca. 10.000 €).

Die Kosten für das Abschälen der Bermen, das Aufarbeiten des Schotters, die Lieferung der Kunststoffpoller und der Einbau von Rasengittersteinen betragen insgesamt ca. 35.000 € und ist im Haushalt 2018 (Wegeunterhaltung) eingeplant.

In der Aussprache wurde eine Einengung der Fahrbahn auf 5 m als problematisch angesehen. Denkbar wäre evtl. auch eine Befestigung der Seitenstreifen mit Rasengittersteinen, um so eine optische Einengung zu erreichen.

Andere Ausschussmitglieder sprachen sich für die vorgestellte Sanierung mit Fahrbahneinengung aus.

Von der Verwaltung wurde vorgeschlagen, zunächst einen Kostenvergleich der Varianten (Sanierungsvorschlag wie vorgestellt und Sanierung mit Rasengittersteinen) zu erstellen und dem Ausschuss vorzustellen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Kostenvergleich der Sanierungsvarianten (Sanierungsvorschlag wie vorgestellt und Sanierung mit Rasengittersteinen) zu erstellen und die Varianten in der nächsten Sitzung vorzustellen.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 14

20. Mitteilungen und Anfragen

20.1. Einführung einer gelben Tonne

Die Verwaltung teilte mit, dass der Kreistag des Landkreises Vechta sich in seiner Sitzung am 16.03.2017 mit dieser Thematik beschäftigt habe.

Es wurde dort folgender Beschluss gefasst:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 16.12.2016 wird bis zur Novellierung des Verpackungsgesetzes zurückgestellt. Anschließend wird der Antrag dem Bau-, Struktur- und Umweltausschuss zur Beratung wieder vorgelegt.

20.2. Sport- und Mehrzweckhalle Vechtaer Straße

Zum Bau der Sport- und Mehrzweckhalle wurden von der SPD-Fraktion per E-Mail verschiedene Fragen gestellt, die in Abstimmung mit dem planenden Architekturbüro MRO wie folgt beantwortet wurden:

- 1)
Durch die Verschiebung der Binderlieferung ist die Baufertigstellung nach dem Bauzeitenplan nicht gefährdet. Die Eröffnung der Halle zu den Kulturtagen 2018 stellte lediglich eine mögliche Option dar.
- 2)
Die Anschaffung des Schutzbelages ist noch in Klärung. Lagerflächen wären/sind in den Geräte- und Abstellräumen vorhanden.
- 3)
Spielfelder und Sportgeräte sind mit den Schulen und Vereinen abgestimmt und werden entsprechend ausgeschrieben und eingebaut bzw. angeschafft. Das spätere Nutzungskonzept ist noch zu erarbeiten und zu beraten.
- 4)
Die Farbe des Sportbodens ist noch nicht festgelegt. Die Festlegung erfolgt im Zuge der Gesamtbemusterungen. Es soll eine Vorstellung im Verwaltungsausschuss erfolgen.

20.3. Dorfplatz Nordlohne

Ein Ausschussmitglied bat darum, die Dorfgemeinschaft bei der Sanierung der Waschbetonplatten im Bereich des Dorfplatzes zu unterstützen. Die Verwaltung teilte dazu mit, dass derartige Maßnahmen im Zuge der Dorfverschönerung erfolgen sollten. Wünschenswert wäre ein entsprechender Antrag des Arbeitskreises aus Nordlohne.

20.4. Lichtsignalanlage Märschendorfer Straße/Brandstraße/Am Zuschlag

Zu diesem Punkt erteilte der Vorsitzende dem als Besucher anwesenden Ratsmitglied Pohlmann das Wort.

Herr Pohlmann bat um Überprüfung der Schaltung der Lichtsignalanlage Märschendorfer Straße/Brandstraße/Am Zuschlag mit Hinweis auf die Wartezeiten für querende Fußgänger. Evtl. wäre es sinnvoll, dem Fußgänger mit dem Pkw-Verkehr Grün zu geben.

Bürgermeister Gerdesmeyer teilte dazu mit, dass dadurch die Wartezeiten für Pkw verlängert werden.

Ein Ausschussmitglied wies darauf hin, dass es durch parkende Fahrzeuge in der Straße Am Zuschlag direkt vor der Lichtsignalanlage zu Behinderungen komme und bat um Überprüfung.

20.5. Radweg Landwehrstraße (Kreisstraße) von Lohne nach Diepholz

Auf entsprechende Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass der Landkreis Vechta seine Bereitschaft zum Bau des Radweges bekundet hat. Der Landkreis Diepholz habe sich dahingehend noch nicht geäußert.

Tobias Gerdesmeyer
Bürgermeister

Walter Bokern
Vorsitzender

Franz-Josef Bornhorst
Protokollführer